Präsidenten selbstständige Dezernate unter eigener Verantwortlichkeit übertragen werden können, und daß das Stimmrecht der Forstassessoren nach den für die Regierungsassessoren maßgebenden Grundsätzen zu regeln ist.

Der Finanzminister hat zu den die **Betriebssteuer** betreffenden Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 unterm 23. August d. J. eine Ausführungsanweisung erlassen, die in der Reichsdruckerei in Broschürenform vervielfältigt ist. Von dieser amtlichen Ausgabe sind Exemplare an die Vorsitzenden der Steuerausschüsse, sowie an die Kreis- bezw. Steuerkassen und die Städte einschließlich der im Stande derselben befindlichen Flecken, ferner an die Landräthe übermittelt worden.

Nunmehr liegen auch die „Amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten" aus dem ganzen Reich für das Jahr 1891 vor.

In dem Berichtsjahr betrug die Zahl der Aufsichtsbeamten im Reich 115 gegen 93 im Vorjahre; die Vermehrung um 22 entfällt auf Preußen, wo bekanntlich eine Neuregelung des Gewerbeaufsichtsdienstes erfolgte. Die Zahl der Revisionen hat sich vermehrt von 30 080 im Jahre 1890 auf 35 841 im Jahre 1891 (also um 5761).

Ueber ihren Verkehr mit den Arbeitern berichten verschiedene der Aufsichtsbeamten Folgendes: Der Aufsichtsbeamte für Berlin-Charlottenburg theilt mit, daß selten ein Arbeiter ihn aufsucht, um sich Rath zu holen; statt dessen mehren sich die von Arbeitern ausgehenden anonymen Beschwerden. Ebenso theilt der Aufsichtsbeamte für Minden-Münster mit, daß nur selten durch Arbeiter von ihm Rathschläge eingeholt werden; die Arbeiter im Bezirk Düsseldorf benutzen ebenfalls die ihnen gebotene Gelegenheit, in bestimmten, bekannt gemachten Sprechstunden sich bei dem Gewerbeinspektor Rath zu erholen, nur in geringem Umfange. Dagegen berichtet der Gewerbeinspektor des Bezirks Barmen betreffs der Sprechstunden: „Hauptsächlich kamen Arbeiter, die eine Stelle suchten, namentlich Heizer und Maschinisten, denen ich zum Theil auch behülflich sein konnte. Einen Arbeiter, der eine neue und gute Art zum Löthen des Aluminiums gefunden zu haben glaubte, konnte ich mit der Aluminium-Industriegesellschaft zu Neuhausen in Verbindung setzen und vermitteln, daß er auf Kosten der Gesellschaft das Werk besuchen und seine Versuche fortsetzen konnte." Auch in Arnsberg wurden die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nur selten von Arbeitern in Anspruch genommen; statt sich wegen vermeintlicher oder wirklicher Ungehörigkeiten im Fabrikwesen an die Fabrikinspektion zu wenden, wenden sie sich an die Presse, die das Vorkommniß häufig möglichst ausschmückt und ohne nähere Angabe von Ort und Zeit mittheilt. Auch in Aachen-Trier, in Köln-Koblenz wird darüber geklagt, daß sich die Arbeiter nicht an die Gewerbeinspektoren wenden. Dagegen berichtet der Aufsichtsbeamte in Niederbayern, daß von Arbeitern des Oefteren bei ihm Rath geholt würde, namentlich in Wohnungsangelegenheiten und in Lohnfragen. Der Aufsichtsbeamte für die Pfalz schreibt: „Der Verkehr des Fabrikeninspektors mit den Arbeitern gestaltet sich fortschreitend reger. Thunlichst werden bei den Inspektionen Gespräche mit Arbeitern angeknüpft, und in vermehrten Fällen wendeten sich Arbeiter mündlich und schriftlich mit Beschwerden und um Rath an den Aufsichtsbeamten". Im Bezirk Dresden findet „nur selten ein direkter Verkehr mit den Arbeitern statt; auch Anfragen der Arbeiter auf der Expedition der Gewerbeinspektion sind gegen früher seltener geworden". Im Bezirk Chemnitz war „der Verkehr mit Arbeitern weniger häufig, als mit Arbeitgebern; die Arbeiter brachten fast ausschließlich Beschwerden an, welche erörtert wurden und sich nur zum Theil als begründet erwiesen". In Zwickau ist „die Inspektion von Seiten der Arbeiter nur in sehr seltenen Fällen und meist bei Gelegenheit von Revisionen an Ort und Stelle befragt worden; auch sind ihr einige Beschwerden von Arbeitern schriftlich, jedoch meist ohne Namensunterschrift zugegangen". Auch in Württemberg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen wird, wie der „R.-A." erfährt, über das zurückhaltende Wesen der Arbeiter geklagt.

Die Blätter streiten seit einigen Tagen darüber herum, wer den Vortheil von der Beseitigung der Realsteuern als Staatssteuer, also von dem Hauptpunkte der weiter beabsichtigten Schritte zur **Steuerreform** haben würde. In einer soeben erschienenen Broschüre beantwortet der nationalliberale Abgeordnete Enneccerus diese Frage dahin:

1. Wo neben hohen Personalsteuern bisher keine Gemeinde-Realsteuern bestanden, kommt der Vortheil durch Entlastung der Personalsteuern allen Steuerzahlern zu Gute.

2. Wo bereits eine höhere Gemeinde-Realbesteuerung bestand, also die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden neben der ungerechten staatlichen Doppelbesteuerung auch in der Gemeinde vorzugsweise besteuert waren, kommt die Aufhebung mit Fug und Recht den überlasteten Grundbesitzern und Gewerbetreibenden zu Gute. Wer dies nicht will, der will keinen Ausgleich, keine Erleichterung der bisher Benachtheiligten, keine Beseitigung ungerechter Doppelbesteuerung, sondern ihre materielle Konservirung, wenn auch vielleicht in veränderter Form. Auch mit der bekannten, nicht einmal völlig richtigen Rententheorie, auf die an anderer Stelle einzugehen ist, läßt sich ein solcher Standpunkt hier am wenigsten rechtfertigen. Denn die Kommunalsteuerzuschläge zu den Realsteuern sind keineswegs so ständig und gleichmäßig, daß sie den Charakter einer dauernden Kapitalminderung angenommen haben könnten.

3. In den zwischen beiden Extremen liegenden Fällen wird je nach Höhe der Kommunal-Realsteuern bald die eine, bald die andere Wirkung vorwiegen.

Ueber die äußere Form der zu erwartenden **Steuerreform-Vorlagen** berichten die „Berl. Pol. Nachr.":

„Nach den gesetzgeberischen Zielen, welche der zweite abschließende Akt der preußischen Steuerreform verfolgt, dürfte sich die dem Landtage zu unterbreitende Vorlage voraussichtlich dreigliederig gestalten. Dem eigentlichen Kommunalsteuergesetze, dessen Ziel die Neuordnung des Gemeindesteuerwesens in sich ist, treten diejenigen beiden Vorlagen hinzu, durch welche erst die Voraussetzungen für die sachgemäße, den Interessen des Staates und der Gemeinden gleichmäßig entsprechende Lösung dieser Aufgabe geschaffen werden sollen: der Verzicht des Staates und die direkten Ertragssteuern einschließlich des größten Theils der Bergwerkssteuer und die Ergänzungssteuer zu der Einkommensteuer, welche in Verbindung mit den Mehrerträgen der letzteren und der Aufhebung der lex Huene die Mittel zur Deckung des Einnahmeausfalles in Folge jenes Verzichtes auf staatliche Steuern liefern soll. Wenn es sich nun auch der Form nach um drei Gesetzesvorlagen handeln dürfte, so bilden diese doch nur die Glieder eines einheitlichen mehrgliederigen Gesammtplanes und bedingen sich in dem Maße gegenseitig, daß kein Glied aus dem Gefüge des letzteren herausgenommen werden kann, ohne das Ganze existenzunfähig zu machen. Die Kommunalsteuerreform ist unmöglich, wenn nicht der Staat durch den Verzicht auf die Realsteuern den Gemeinden die Besteuerung derjenigen Objekte freigiebt, welche auf Gedeih und Verderb mit der Gemeinde verbunden sind und zugleich von einem erheblichen Theile der Gemeindeaufwendungen überwiegenden Nutzen haben; dieser Verzicht auf Staatseinkünfte im Betrage von nahezu 100 Millionen Mark aber ist finanziell völlig ausgeschlossen, wenn nicht durch die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes in der Richtung der höheren Besteuerung des fundirten Einkommens der Staatskasse voller Ersatz für den Einnahmeausfall zu Theil wird. Insofern liegt die Sache bezüglich dieser Ergänzungssteuer anders als 1890/91 bezüglich der Erbschaftssteuervorlage. Während es sich bei dieser um eine zwar sehr wünschenswerthe, aber nicht unentbehrliche Ergänzung des Einkommensteuergesetzes handelte, bildet die Ergänzungssteuer einen wesentlichen und nicht zu entfernenden Bestandtheil des jetzigen Gesammtplanes."

Die in Köln erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" hatte im Juni d. J. folgende Notiz gebracht:

„Der hiesige Gewerbe-Inspektor theilt uns mit, daß er bei Wünschen der Arbeiter in Bezug auf Abänderung von Arbeitsordnungen, soweit solche Wünsche sich auf gesetzlichem und allgemein rechtlichem Boden bewegen, jederzeit gern bereit sei, vermittelnd zwischen Arbeitern und Unternehmern zu wirken. Auch ersucht er, ihm von gesundheitsgefährdenden Einrichtungen in einzelnen Fabriken, wie auch von allen berechtigten Klagen über Betriebs- und Arbeitsverhältnisse Mittheilung zu machen, damit er im Stande sei, eingreifen zu können. Um den Arbeitern Gelegenheit zur Anbringung ihrer Klagen zu geben, ist der Gewerbe-Inspektor gern bereit, Sonntags Morgens eine Sprechstunde in seinem Bureau einzurichten."

Durch diese Mittheilung sah sich der Vorstand des Vereins der Industriellen im Reg.-Bez. Köln veranlaßt, an den dortigen königlichen Regierungspräsidenten unter dem 18. Juni eine Eingabe zu richten, in der es heißt:

„Wir können es nicht unterlassen, bei Ew. Hochwohlgeboren über ein solches Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspektors Beschwerde zu führen und Ew. Hochwohlgeboren zu bitten, geneigtest dafür Sorge tragen zu wollen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Zunächst halten wir es für unrichtig, daß der königliche Gewerbe-Inspektor gerade ein sozialdemokratisches Blatt zu einer für die Arbeiter bestimmten Mittheilung benutzt. Es liegt hierin mindestens eine amtliche Anerkennung der sozialdemokratischen Presse als Organ der Arbeiterschaft, was wohl kaum den Absichten der königlichen Regierung entsprechen dürfte. Was den Inhalt der Mittheilung betrifft, so werden Ew. Hochwohlgeboren mit uns sich der Ansicht nicht verschließen können, daß derselbe nicht nur geeignet ist, das Vetrauen der Industriellen zur königlichen Regierung zu erschüttern, sondern auch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern untergraben muß, indem der Arbeiter geradezu zur Denunziation seines Arbeitgebers aufgefordert und sogar zum Richter über die Betriebseinrichtungen und Arbeitsverhältnisse gemacht wird. Im Interesse der guten Ordnung bitten wir Ew. Hochwohlgeboren um eine geneigte Mittheilung über Ihre Stellung zu dem erwähnten Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspektors, damit wir den Industriellen eine beruhigende Erklärung geben können."

Darauf ist vom königlichen Regierungspräsidenten nachstehender Bescheid vom 11. Juli ergangen:

„Dem Verein theile ich auf die gefällige Zuschrift vom 18. v. M. ergebenst mit, daß der Artikel der „Rheinischen Zeitung" vom 1. v. M. d. d. Köln, den 31. Mai, beginnend mit den Worten: „Der königliche Gewerbe-Inspektor u. s. w." weder auf meine Veranlassung veröffentlicht ist, noch meinerseits gebilligt wird, und daß ich dem königlichen Gewerbe-Inspektor Jäger das Erforderliche eröffnet habe."

Journal-Revue.

Die Besprechung der Löwenberger Reichstagswahl dauert fort; wir begnügen uns, die Auslassungen einiger konservativer Blätter anzuführen, von denen die nahe dem Thatorte in Schlesien erscheinenden gewiß besondere Beachtung verdienen. So sagt die in Hirschberg erscheinende „Post aus dem Riesengebirge": „Der Sieg der konservativen Partei im Wahlkreise Löwenberg-Greiffenberg ist um so größer, als die gegnerischen Parteien mit einem Aufwand der Schrift und Lunge gearbeitet haben, wie wohl selten in irgend einem anderen Wahlkreise. Die freisinnige Partei dirigirte die Häupter Richter, Barth, Lüders nebst entsprechendem Anhang in den Wahlkreis und der Kandidat Ehlers zog fast von Ort zu Ort, um die Stimmen der Wähler für sich zu gewinnen. Die nationalliberale Partei hatte sich zwei Generalsekretaire verschrieben, welche von Hirschberg und Greiffenberg aus kräftig unterstützt wurden. Die konservative Partei ging ruhig ihren Weg, der konservative Kandidat hat nur in wenigen Versammlungen gesprochen und zeichnete sich durch Ruhe und Sachlichkeit aus. Nun, die Wähler haben die Antwort auf diese Agitation gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die gegnerischen Organe sind ganz kleinlaut und thun die Wahl mit einigen wenigen Worten ab, während sie bei einem Siege ellenlange Artikel gebracht haben würden über den „liberalen Hauch", der durch das Volk geht.... Der Zug der Zeit deutet eben auf eine Scheidung der Geister, und diese Scheidung hat sich im Löwenberger Kreise bereits vollzogen. Hie rechts, hie links, wird es bereits im kommenden Wahlkampfe heißen; wer dieses Zeichen am politischen Horizont nicht sieht, der ist mit Blindheit geschlagen, und der wird sich auch über Enttäuschungen nicht wundern dürfen. Dem „Zug nach links" steht der konservative monarchisch-christliche Geist gegenüber, und in diesem Zeichen werden wir siegen, das ist die Lehre, die wir aus der Löwenberger Wahl ziehen."

Die „Schlesische Morgenzeitung" äußert: „Es bleibt dabei: im Osten der Monarchie ist der Nationalliberalismus todt, und alles Galvanisiren an dem Leichnam ist vergebliche Mühe. Herr von Boguslawski ist geschlagen, aber es sei ihm nachgerühmt, daß er im wohlthuenden Gegensatz zu den freisinnigen Gegnern des Herrn von Holleuffer als ritterlicher Nebenbuhler in seinen Wahlreden jeglichen verletzenden Ton und jeglichen persönlichen Angriff vermieden hat. Aufrichtig bedauern wir, daß ein so verdienter Heerführer wie General v. Boguslawski sich so aufs Haupt schlagen lassen mußte. Dem nationalliberalen Wahlkomité kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es sich über die Lage der Dinge in grobe Selbsttäuschung versetzt und einen Mann, der zu hoch steht, um als Probirkandidat benutzt zu werden, in dieselbe hineingezogen hat."

Die „Kreuzzeitung" meint: „Wenn man die Wahl in Löwenberg mit der vor drei Wochen vollzogenen in Herford-Halle zusammenhält, so wird man doch wohl zugeben müssen, daß der Vorgang, mag er „an sich" nun bedeuten, was er wolle, keinesfalls für die vom „Hannov. Kour." beobachtete „Linksströmung" in den Massen spricht, ohne Frage vielmehr das Gegentheil bekundet. Daß die Konservativen in Löwenberg, ohne die sehr dankenswerthe Unterstützung des Zentrums, nicht gesiegt haben würden, erkennen wir zwar ohne Umschweif an; gerade der Umstand jedoch, daß das Zentrum in Fällen wie dieser fest auf unserer Seite steht, während es im Jahre 1890 noch den Freisinn unterstützte, spricht mehr als alles Andere dafür, daß nicht das Organ des Herrn v. Bennigsen Recht hat, sondern wir. Im Stillen wird das wohl auch bei den Liberalen selbst nicht bezweifelt, da sonst deren furchtbare Angst vor dem „schwarzen Kartell" schlechterdings nicht zu begreifen wäre. Was könnte dieses „Kartell", das als solches übrigens gar nicht besteht, auf die Dauer denn zu Wege bringen, wenn es im Volke selber keinen Boden hätte? Um so ingrimmiger wird sich die „Hetze" nun natürlich gestalten. . . . Die hergebrachte Taktik ist die, daß die Konservativen als willenlose Schildknappen des Zentrums dargestellt werden, die drauf und dran seien, den „geheimen Pakt" zu unterstützen, welchen das Zentrum mit der Regierung abgeschlossen haben soll. Was wohl der Inhalt dieses „Paktes" sein könnte, darnach fragt man umsonst."

Im Zusammenhange damit ist nicht ohne Interesse, wie sich in seiner „Nation" der Reichstagsabgeordnete Dr. Barth über das „rothe Kartell" äußert: „Es liegt klar auf der Hand, daß bei einer derartigen Verschärfung der Gegensätze nur eine kräftigere Betonung des Liberalismus, nicht eine Verwässerung desselben angezeigt ist. Die freisinnige Partei kann darnach auch gar nicht daran denken, ihren Schwerpunkt weiter nach rechts zu verlegen. Ein über gelegentliche Hülfeleistung hinausgehendes Zusammenwirken zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen wird deshalb — nach Lage der Dinge — nur möglich sein, wenn die nationalliberale Partei weiter nach links marschirt. Es bleibt eine offene Frage, ob sie bei ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung dazu im Stande sein wird. Ohne Zweifel sind in der nationalliberalen Partei Elemente vorhanden, deren Liberalismus echt und deren Einsicht groß genug ist, um die aus der Gesammtlage hervorgehende zwingende Nothwendigkeit einer kräftigeren Bethätigung liberaler Grundsätze vollauf zu würdigen. Aber diese Elemente haben nicht verhindern können, daß dem Fürsten Bismarck ein nationalliberaler Wahlkreis abgetreten wurde, daß in Löwenberg-Greiffenberg die Kandidatur des Generals v. Boguslawski, von dessen Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei bisher Niemand etwas wußte, aufgestellt werden konnte, daß in Sagan-Sprottau in der Stichwahl ein nationalliberaler „Führer" für den erzkonservativen Gegner der Freisinnigen eintrat. Solcher Symptome für eine weitgehende Verschiedenheit der Anschauungen innerhalb der nationalliberalen Partei giebt es eine überreiche Zahl. Feinde des allgemeinen Wahlrechts, arge Schutzzöllner, selbst Antisemiten bedenklichster Sorte tummeln sich in den Reihen der nationalliberalen Partei. Ist es wahrscheinlich, daß derartige Kräfte zu einem entschiedenen Auftreten gegen konservative Agrarier zu bewegen sein werden? Und doch giebt es nur eine Möglichkeit, die konservativ-klerikale Koalition unschädlich zu machen: das ist die rücksichtslose Bekämpfung jedes Konservativen."

Zu den vorgestern an dieser Stelle erwähnten Ausführungen des Abg. Grafen Limburg-Stirum weiß die „Freisinnige Zeitung" zu sagen: „Graf Limburg-Stirum hat natürlich herausgefunden, was die Gutsherren profitiren, wenn ihnen für die neue Vermögenssteuer die Grund- und Gebäudesteuer erlassen wird. Graf Limburg-Stirum wünscht in seiner Bescheidenheit außerdem noch, daß Denjenigen, welche mehr als 100 000 M. Einkommen haben, das vierte Prozent der Einkommensteuer wieder erlassen wird, welches durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses im vorigen Jahre in das Einkommensteuergesetz gelangte. Dann wäre allerdings der Vortheil für die größten Großgrundbesitzer aus dem Grundsteuererlaß ein vollständiger, denn mit dem vierten Prozent der Einkommensteuer würden sie ungefähr so viel ersparen, wie die Vermögenssteuer ihnen auferlegt. Unter der Erleichterung des Arbeitsverdienstes gegenüber dem fundirten Einkommen scheint Graf Limburg zu verstehen nicht die Herabsetzung in der Besteuerung des Arbeitseinkommens, sondern nur die Hinzufügung der Vermögenssteuer für das fundirte Einkommen."

In einem Artikel: „Unglück und Mitgefühl" schreibt der „Hamburgische Korrespondent": „Nichts richtet den Menschen auch im tiefsten Leide schneller auf als unablässige Arbeit. Haben wir gefehlt, so haben wir es wieder gut zu machen gesucht durch die entschlossene Aufnahme des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Und hierzu haben sich Alle die Hand gereicht: Senat, Bürgerschaft, Behörden und Kaufmannschaft waren thatbereit am Platze. — Ist der Feind auch noch nicht bezwungen, so wird er doch mehr und mehr eingeengt, und wir dürfen hoffen, seiner nach und nach Herr zu werden. Das sehen unsere Landsleute im Reiche jetzt auch ein, und mit der Einsicht regen sich Mitgefühl und Hülfsbereitschaft, regen sich Herzen und Hände für unsere Kranken und Armen, für unsere Wittwen und Waisen. Man versteht, daß unser Unglück größer ist als unser Verschulden, unsere Entschlossenheit größer als unser Unglück."

Die „Kölnische Volkszeitung" betont in einer Erörterung über das Reichstagswahlrecht, daß allerdings die nationalliberalen Herren von „Bildung und Besitz" es nicht ertragen könnten, daß ihnen dieses Wahlrecht nur 40 Mandate verschafft, bestreitet aber, daß auch im Zentrum ernste Erwägungen betreffs Abschaffung dieses Wahlrechts angestellt würden. Der Schluß des bezüglichen Artikels des kölnischen ultramontanen Blattes lautet: „Die ganze Institution des Parlamentarismus als „Volksvertretung" hat nur Sinn und Berechtigung, wenn die Volksvertretung wirklich die Volksmeinung wiederspiegelt. Die mittelparteilichen Plutokraten möchten ein „Wahlrecht", das ihnen gestattet, die Parlamentarier gewissermaßen zu „ernennen"; dann sähen wir sie aber noch lieber vom König ernannt. Lieber den reinen Fürstenabsolutismus, der wenigstens noch das Recht der „gueux", der Armen, im Auge haben mag, als einen Scheinparlamentarismus, welcher eine Kreatur des Kapitalliberalismus, der Bourgeoisie, wäre. Lieber einen kaiserlichen Selbstherrscher, als ein Regime großkapitalistischer Arbeiterbarone. Man gehe nur in die Berliner Arbeiterviertel und beobachte den dumpfen revolutionairen Groll, welcher sich des Tages der Rache getröstet und sich weit mehr gegen die Hochfinanz als gegen die Monarchie richtet. Und da treten nun Quacksalber aus Abdera auf, die meinen, es würde besser werden, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht entzöge. Das hieße: das letzte Sicherheitsventil vernageln. O weiser Oxenstjerna!"

Parteibewegung.

* Die „Kreuzztg." theilt mit, sie habe „gehört", daß der Agitationsausschuß der Antisemiten Norddeutschlands, welcher in voriger Woche in Berlin zusammentrat, beschlossen hätte, in dem Reichstagswahlkreise **Friedeberg-Arnswalde** einen eigenen antisemitischen Kandidaten aufzustellen. Die „Kreuzztg." empfiehlt einerseits den Konservativen, die antisemitische Bewegung nicht zu ignoriren, andererseits aber ertheilt sie den Antisemiten den „dringenden" Rath, ihre „unleugbare Agitationskraft" anderswo zu verwerthen als in Konkurrenz mit aussichtsvollen konservativen Kandidaturen.

Die „National-Ztg." erklärt, die in Driesen erfolgte Aufstellung des Herrn Hobrecht als Kandidat für diesen Wahlkreis sei von einer „kleinen Anzahl nationalliberaler Wähler" ohne dessen Wissen erfolgt, und nehme Herr Hobrecht eine derartige Kandidatur nicht an. Als das „allein angemessene Verfahren" empfiehlt das Blatt, „daß die Deutschfreisinnigen sich mit den Nationalliberalen über die Aufstellung eines Kandidaten verständigten, für den auch diese zu stimmen vermögen." — Vor Löwenberg lautete die Lesart ganz anders.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 27. September.

* Se. Majestät der Kaiser und König erlegte am Freitag und Sonnabend in der Rominter Haide auf den Abend- und Morgenpürschen einen Sechzehn-Ender und einen zurückgesetzten Achter; im Laufe des gestrigen Tages erledigte Seine Majestät Regierungsgeschäfte. Sonntag Nachmittag unternahm Allerhöchstderselbe, wie der „St. A." hinzufügt, eine längere Spazierfahrt.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen ist wieder hier eingetroffen.

* Der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Frhr. v. Mirbach, ist auf drei Wochen nach Baden-Baden beurlaubt.

* Der königliche Gesandte am großherzoglich badischen Hofe, Wirkl. Geh. Rath von Eisendecher, hat einen ihm Allerhöchst bewilligten kurzen Urlaub angetreten.

* Der königliche Gesandte in Weimar, Geh. Legationsrath v. Derenthall, ist von dem ihm Allerhöchst bewilligten Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

Hannover, 25. September. Der Provinzialausschuß hat, dem „Hann. Kour." zufolge, die von dem Landesdirektorium für das nächste Etatsjahr beantragte Provinzialsteuer von 700 000 M. abgelehnt.

Industrielles.

* Wir hatten Gelegenheit, die Fortschritte der Koopmann'schen Erfindung zu verfolgen, Kohlen in Briquetteform derart herzustellen, daß dieselben fast gar nicht rauchen, nicht russen, nicht schlacken und dennoch eine größere Heizkraft geben, als beste westfälische Stückkohle. Schon bei der Probefahrt im Mai mit dem Dampfer „Augusta Victoria" auf der Spree wurde von allen Seiten die Koopmann'sche Erfindung als eine bedeutende und weittragende anerkannt. Se. Majestät der Kaiser fährt

Aus Berlin.

* Der Ehrenpreis, den Kaiser Wilhelm dem siegenden Reiter im Distanzritt Berlin-Wien der österreichisch-ungarischen Armee stiftet, ist eine silberne Portraitbüste Seiner Majestät in Garde-Husaren-Uniform, mit der malerisch herabhängenden Attila und dem Kalpak auf dem Haupt. Die Büste steht auf einem Sockel im Rokokostyl, welcher auf einer Plinthe aus rothem deutsch-afrikanischen Marmor ruht. Elf Löwenköpfe auf reich ornamentirten Spangen theilen den Sockel in Felder. Vorn ist der Namenszug Seiner Majestät und darunter ein auffliegender Adler angebracht. Die übrigen Felder sind mit Sportemblemen und Wappenschildern dekorirt. Diese künstlerisch und technisch gelungene Silberarbeit steht auf einem grünen Marmorunterſatz, auf welchem geschmackvoll montirte Lorbeerfestons und die Cartouche mit der emaillirten Widmung hängen. Der Ziseleur Gustav Lind hier hat dieses Objekt entworfen und ausgeführt.

* Gestern Morgen fand, wie die „Voss. Ztg." berichtet, in der königl. Augusta-Schule ein ergreifender Akt statt. Der pensionirte Direktor Supprian verabschiedete sich von der Schule, den Schülerinnen und dem Lehrerkollegium. Als alle in der geschmückten Aula versammelt waren, erschien der Direktor mit seiner Familie. Tiefgebeugt war die Gestalt in Folge der langen schweren Krankheit. Die Schülerinnen sangen den Choral: „Jesu geh' voran"; dann bestieg der Direktor das Katheder, verlas einen Bibeltext, sprach mit kräftiger Stimme, seine eigene Rührung gewaltsam bemeisternd, Worte des Abschiedes. „Es wäre so schön gewesen, liebe Augusta-Schule, es hat nicht sollen sein, noch länger in der so lieb gewordenen Anstalt zu wirken." Wieder Gesang: „Befiehl du deine Wege", dann richtete Prof. Dr. Löschhorn im Namen der Schule und des Lehrerkollegiums Worte herzlichsten Dankes an den scheidenden Direktor für alles Gute, was er der Schule geleistet. Zugleich übergab er demselben das von dem Lehrerkollegium gestiftete Geschenk, eine farbige Wiedergabe des Kölner Dombildes. Die frühere Schülerin, die Schulvorsteherin Fräulein v. Keisenberg überreichte mit kurzer Ansprache den von ehemaligen Schülerinnen und von Seminaristinnen gewidmeten, in ein Drittel der Originalgröße in weißem Marmor ausgeführten, auf schwarzmarmornem Sockel stehenden Christus von Thorwaldsen. Die Lehrerin Fräulein Lommatsch überreichte das Vater Unser von Pfannschmidt. Der Direktor sprach seinen herzlichen Dank aus. Nach dem Liede: „Ziehe hin in Frieden" begab sich der Direktor nach dem Eingang der Aula und, wie er es sonst in seinen gesunden Tagen zu thun pflegte, reichte er jeder der herausgehenden Schülerinnen zum Abschied die Hand.

* Das Wintersemester in der Fortbildungsschule des Kaufmännischen Bildungsvereins beginnt am 3. Oktober Abends 8 Uhr im Vereinslokal, Seydelstraße 30. Anmeldungen werden im Vereinsbureau, „Brandenburgstraße 13," entgegengenommen.

* Ein seltenes Jubiläum wird heute in der Egyptischen Ausstellung gefeiert werden. Es ist nämlich heute zehn Jahre her, daß der Direktor Willy Möller in Cassala im Sudan die gegenwärtig hier befindliche Karawane gründete. Die Stammväter derselben, der Scheich Tarif, Omrage Memphi, Salach Hassan, Omer Borassi und Mousa Hessen, befinden sich noch heute darunter. Zu dem heutigen Feste sind verschiedene Galanummern ins Progamm gesetzt.

* Luigia Cerale, die Prima-Ballerina der Hofoper in Wien, tritt vom 1. Oktober ab im Apollo-Theater als „Lielda" in Carlo Coppi's gleichnamigem Ballet auf. Am ersten Abend ihres Auftretens findet auch die Neubesetzung einer anderen Rolle in dem Ballet „Lielda" statt: Marietta di Dio tritt in der Rolle der „Prinzessin" auf. Das internationale Spezialitätenprogramm weist gleichzeitig eine Bereicherung durch das Debüt eines Duettistenpaares aus Paris auf: Mr. Bruet, Mad. Rivière.

* Seit Sonntag weist das Programm des Theaters der Reichshallen zwei neue Nummern auf, die vom Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommen sind. Sahrina Lorenzita, die feurige, spanische Liedersängerin, wurde bei ihrem ersten Auftreten nicht weniger als fünf Mal gerufen. Sie riß durch die Leidenschaft ihres Vortrages, durch die bedeutungsvolle Mimik, mit der sie ihre Lieder begleitete, das ausverkaufte Haus zu begeistertem Beifall fort. Sie besitzt nicht bloß eine vollklingende Stimme, sondern ist auch gesanglich gut geschult. Durch fabelhafte Schnelligkeit und tadellose Sicherheit überraschten die unübertrefflichen Mnemotechniker Lenormand und Leonora. Das Publikum zollte der überraschenden Geistesarbeit derselben lauteste Anerkennung. Mit dem 1. Oktober tritt zu diesen Spezialitäten noch eine ganze Schaar neuer Kräfte.

* Am 30. d. M. wird das Postamt 80 von dem Hause Solmsstraße 15 nach Friesenstraße 22 und am 3. Oktober das Postamt 13 von der Neuenburgerstraße 33 nach der Alten Jakobstraße 170 verlegt. Letzteres führt nach der Verlegung die Bezeichnung Postamt 13 (Alte Jakobstraße).

rg. Die gerichtsärztliche Oeffnung der Leiche der ermordeten Franziska Lewinska hat gestern Nachmittag auf dem Friedhofe zu Westend stattgefunden und als Todesursache Erstickung ergeben, dadurch herbeigeführt, daß der Lewinska das Taschentuch in den Mund gestopft wurde. Beide Wunden am Unterleib sind mittels eines haarscharfen Instruments beigebracht worden. Ob dies aber kurz vor oder kurz nach dem Tode geschehen ist, läßt sich nicht heurtheilen. Bezüglich des Mörders unterliegt es keinem Zweifel, daß es derjenige Mann ist, der auf dem Pferdeeisenbahnwagen mit den beiden Frauenspersonen zusammen gefahren ist. Außerdem haben noch drei Personen den Wagen benutzt, der am Donnerstag Abend um 7 Uhr 29 Minuten von Westend abging. Einer dieser Zeugen muß Abonnent der Linie Westend—Spandauer Bock sein, die beiden anderen sind nahe der Rennbahn ausgestiegen. Der Behörde liegt daran, daß die drei Personen sich melden. Der muthmaßliche Mörder, anscheinend Schlächter, etwa 40 Jahre alt und 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, einen blonden Schnurrbart, ein volles Gesicht mit frischer Farbe und eine kräftige Gestalt. Er trug einen weichen, niedrigen Filzhut und einen dunkelgrauen, rauhen langen Ueberzieher. Da ein Kampf zwischen ihm und der Lewinska stattgefunden hat, wird angenommen, daß der Thäter im Gesicht und an den Händen Kratzwunden habe. Der Leiche wurden außer den gemeldeten noch folgende Gegenstände abgenommen: ein zweiter Wohnungs- und ein Hausschlüssel, zwei Armbänder, deren eines schlangenförmig aus weißem Metall hergestellt war, während das zweite aus einer Nickeluhrkette gebildet ist und eine thalergroße Medaille trägt.

* Die Kunde von einem Morde verbreitete sich gestern Vormittag in dem südlichen Theile unserer Stadt. Im Hause Fichtestraße 26 sollte ein Mann, der Sattler und Tapezierer Wese, seine Ehefrau mit einem Beile schwer verletzt und den Körper dann aus dem Fenster geworfen haben. Der Thatbestand ist nach dem „Berl. Tgbl." folgender: Im genannten Hause bewohnen besagte Eheleute mit ihrer 12jährigen Tochter, welche Frau Wese ihrem Manne mit in die Ehe gebracht hat, eine auf dem Hofe, Quergebäude 1 Treppe belegene, aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung. Sie führten kein glückliches Eheleben. Fast täglich gab es heftige Auftritte. So auch am Sonntag Abend. Gegen fünf Uhr artete der Zwist in Thätlichkeiten aus. Der Mann, welcher obenein noch etwas angetrunken war, ergriff ein Beil und versuchte damit seiner Ehefrau einen tödtlichen Streich zu versetzen. Der um Hülfe schreienden Tochter gelang es, sich in das Nebenzimmer zu retten, während Frau Wese in die Küche lief und sich dort einschloß. Von hier aus stürzte sie sich nun, als ihr Mann die Thür gewaltsam öffnen wollte, um 8 Uhr aus dem Fenster auf den zweiten Hof, woselbst sie bewußtlos liegen blieb. Bewohner eilten auf die erneuten Hülferufe der Tochter herunter und brachten die Besinnungslose in ihre Wohnung. Der Mann schien erst jetzt beruhigt. Gestern Vormittag verschlimmerte sich der Zustand der Frau Wese derart, daß sie mittelst Bahre nach dem Krankenhause am Urban transportirt werden mußte. Der Mann ist mit der Tochter in der Wohnung verblieben.

* Gestern Vormittag wurde ein Steindrucker, als er mit mehreren Freunden durch den Humboldthain ging, in der Nähe des Spielplatzes von mehreren unbekannt gebliebenen Personen überfallen und durch Schläge auf den Kopf so verletzt, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde zunächst nach der Sanitätswache in der Pankstraße, und als dort ärztlich innere Verletzungen festgestellt worden waren, mittelst Krankenwagens nach der Charité gebracht.

* (Polizeibericht.) Am 24. d. Mts. Vormittags wurde im Landwehrkanal vor dem Grundstück Tempelhofer Ufer 28 die Leiche eines unbekannten, etwa 30 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Als der Lehrling Weißner in dem Geschäftskeller einer Weinhandlung Unter den Linden mit dem Verkorken von Weinflaschen beschäftigt war, stieß er eine neben ihm stehende Flasche mit Sprit um, deren Inhalt sich an einem in der Nähe stehenden Lichte entzündete. Er erlitt an den Händen und im Gesicht bedeutende Brandwunden. — Nachmittags wurde ein Drehorgelspieler in der Einfahrt zum Grundstück Klosterstr. 49, wo er sich zum Schlafen niedergelegt hatte, von einem Geschäftswagen überfahren und an beiden Unterschenkeln bedeutend verletzt. — In der Nähe der Fennbrücke fiel ein unbekanntes, etwa 11jähriges Mädchen in den Schifffahrtskanal, wurde jedoch von vorübergehenden Personen noch lebend herausgezogen. — Am 25. Morgens stürzte sich ein Arbeiter von der Bärwaldbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend herausgezogen. — Nachmittags sprang ein Arbeiter auf dem Kreuzungspunkte der Köpnicker- und Neanderstraße von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen, fiel zur Erde und erlitt einen Bruch des rechten Fußgelenks. — An der Ecke der Karl- und Friedrichstraße wurde eine Frau beim Verlassen eines Pferdebahnwagens von einer vorbeikommenden Droschke erfaßt und überfahren und erlitt eine Quetschung des rechten Unterschenkels. — Vor dem Hause Linienstr. 241 wurde ein Kaufmann von einem Postwagen überfahren und erlitt hierbei einen Armbruch. — In der Nacht zum 26. versuchte ein Ziseleur auf dem Grundstück Bülowstr. 84 sich durch einen Schuß in die Schläfe zu tödten. Er wurde noch lebend nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. — Am 26. Morgens wurde ein Maurer in seiner Wohnung, in der Barnimstraße, erhängt gefunden. — Am 24. und 25. fanden sieben kleine Brände statt.

Berlins Umgebung. b. **Pankow.** In der Behausung des Rentiers Johl, welcher am Freitag in seiner Dachwohnung als Leiche aufgefunden wurde, sind in Lumpenhaufen für 300 000 M. mecklenburgische Eisenbahn- und Straßenbahn-Aktien bereits aufgefunden, ferner ein fußhoher Berg theils noch gültiger, theils schon verfallener Kouponbogen. Charakteristisch sind einige Funde, die nebenbei gemacht wurden. Es war schon früher bekannt, daß der alte Sonderling ein großer Weiberfreund war und für sein Leben gern noch an seinem Lebensabende geheirathet hätte. Kaum ein Jahr ist es her, daß er einer Büffetmamsell auf dem Stettiner Bahnhof die Ehe antrug, er versprach ihr alle Schätze der Welt, nur stellte er die eine Bedingung, daß er so weiter leben dürfe, wie er es gewöhnt sei. Er wurde ausgelacht. Zwei Jahre vorher hatte ein dralles Dienstmädchen eingewilligt, seine Frau zu werden. Eine prächtige Ausstattung war bereits gekauft und in ihren Besitz gelangt, ebenso ein Trauring — sie ging damit durch und heirathete einen jungen Mann. Außer diesen durch Zufall bekannt gewordenen Liebeswerbungen muß Johl noch weitere unbekannt gebliebene unternommen haben, denn in einem der Lumpenhaufen fanden sich wohlverpackt ein halbes Dutzend weißer Taschentücher mit bunten Rändern, ein halbes Dutzend bunte Taschentücher und eine Menge Kinder-Spielsachen, die gar nicht aus der Originalverpackung herausgekommen, geschweige denn benutzt worden waren. Er hat augenscheinlich die Sachen nur gekauft, um eine Anknüpfung mit jungen Verkäuferinnen zu suchen. Daß der Mann Erben hat, wenn auch vorläufig noch unbekannte, steht fest. Vor längerer Zeit hat eine Verwandte von ihm im Hause erzählt, daß sie den Mann um ein Darlehen für ihren Gatten in Höhe von hundert Mark gebeten hatte und daß ihr Johl eine fürchterliche Szene gemacht habe. Er habe gesagt: „Ihr wollt mich wohl ruiniren und um mein Geld bringen!" und habe sie ohne Weiteres mit einer Pistole in der einen, mit einem Säbel in der anderen Hand zur Thür hinausgescheucht.

* **Spandau.** Behufs Erlangung der staatlichen Genehmigung zur Aufnahme der Sechs Millionen-Anleihe muß, wie der „Anz. f. d. H." meldet, seitens des Magistrats ein Ortsstatut aufgestellt und der Aufsichtsbehörde eingereicht werden, welches die Vertheilung der Kosten zur Aufbringung der Zinsen regelt. Die Arbeiten hierfür sind im Gange.